

Vormärts

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kondilys Rücktrittsgründe.

Dem Druck der Reaktionäre ausgewichen.

Athen, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Als General Kondilys am 22. August den Diktator Pangalos stürzte, verlangten die meisten Parteiführer die Bildung eines sogenannten „nationalen“ Kabinetts, d. h. einer Regierung, in der alle Parteien vertreten sind. Wie sollten aber Monarchisten neben Republikanern in einer Regierung sitzen? Eine so funkturbunt gemischte Regierung war auch nicht gerade nach dem Sturz des Diktators angebracht, wo es galt, die republikanische Staatsform kräftig zu betonen. Eine solche Regierung hätte nicht die genügende Autorität gehabt, um im Innern Ordnung zu halten. Diese Argumente hat General Kondilys vorgebracht, als ihm zugemutet wurde, die wichtigsten Ministerien neben der Präsidentschaft den Monarchisten zu überlassen. Er hat auch demgemäß eine Regierung der unterschiedenen Republikaner mit stark betontem sozialen Charakter zusammengestellt und die wichtigsten Ministerien Mitgliedern der jetzt neugegründeten Bauern- und Arbeiterpartei übergeben.

Sein soziales Verständnis hat ihm die Sympathien der rechtstehenden „Barnumrepublikaner“ verschert. Die dauernde Betonung der Republik hat ihm die Feindschaft der Monarchisten eingebracht. So haben sich alle gegen ihn vereinigt, alle, die ihm hätten dankbar sein sollen, daß er sie von der Diktatur Pangalos' befreit hat. Da Kondilys dauernd die Rückkehr in normale parlamentarische Bahnen als Ziel betonte, beschloß man, sich von den Wahlen fernzuhalten, um dadurch einen Druck auf Kondilys auszuüben. Diesem Druck ist nunmehr Kondilys ausgewichen. Er hat sich entschlossen, eher das persönliche Opfer des Rückzugs aus dem aktiven politischen Leben zu bringen, als dessen Genefung dadurch zu gefährden, daß viele Parteien sich an den Wahlen nicht beteiligt hätten. Gerade hieraus ist ersichtlich, was

das griechische Volk in Kondilys verliert: einen Mann, der das Vaterland über persönlichen Ehrgeiz und politische Interessen stellt. Und deswegen ist sein Entschluß für Griechenland sehr bedauerlich.

„Innerer Halt und Achtung des Auslandes.“ Auch eine Auffassung.

Der Rücktritt des griechischen Ministerpräsidenten Kondilys gibt dem deutschnationalen „Tag“ Veranlassung, eine Veremide über den derzeitigen Sturz des größtenwahnsinnigen Diktators Pangalos und ein Loblied auf die Diktatur im allgemeinen anzustimmen. Und er versteigt sich dabei zu dieser Behauptung: „Das Beispiel Griechenlands zeigt, wie wenig etwa Spanien oder Italien mit der Beseitigung der Diktatur gebiert wäre, die diesen Ländern inneren Halt und Achtung des Auslandes gebracht hat.“ Und nun folgt eine furchtbare Vermischung des „ohnmächtigen parlamentarischen Systems“.

„Innerer Halt und Achtung des Auslandes“, so sehen sie demnach aus: Spanien befindet sich seit Monaten in tiefer Gärung, eine Militärrevolte jagt die andere, und Primo de Rivas Ansehen im Auslande ist so groß, daß er bei seinem Besuch in Paris regelrecht ausgepiffen wurde. Und das Italien Mussolinis? Wie sagt doch der faschistische Abgeordnete Rocca? „Der Faschismus hat sich in den Händen eines derartigen Menschen soweit erniedrigt und entehrt, daß er sich zu seiner Bewahrung an einer Anzahl von Verbrechen mitschuldig gemacht hat, die dem Interesse weder des Vaterlandes noch der Regierung noch der Partei entsprechen.“

Ja, so sehen die herrlichen Zustände aus, denen die Herren vom „Tag“ uns entgegenführen möchten. Wie schlimm nur für Herrn Hugenberg, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes seine „Ideen“ auf das energischste ablehnt!

Hindenburg dankt . . .

Ein Rückblick.

Die Deutschnationale Volkspartei hat unter Führung des Grafen Westarp auf ihrem jüngsten Parteitag in Köln den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf das festigste bekämpft.

Dr. Stresemann hat nun den Eintritt Deutschlands in Genf vollzogen. — Der Reichspräsident v. Hindenburg spricht ihm dafür seinen Dank aus. Die Außenpolitik der Reichsregierung wird getragen von der „bürgerlichen Mitte“ und vor allem von der Sozialdemokratie. Bekämpft wird diese Außenpolitik von den Deutschnationalen, den Völkischen, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, sowie von den Kommunisten.

Für die Durchführung dieser Politik spricht der Reichspräsident v. Hindenburg dem Leiter der deutschen Delegation seinen Dank aus. Dieser Dank, der schließlich doch noch mehr als ein Akt der konventionellen Höflichkeit ist, wird den Parteien nicht gar lieblich in den Ohren klingen, die seine Wahl zum Reichspräsidenten propagiert haben. Mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei besteht die parlamentarische Mehrheit für Locarno und Genf nur aus solchen Parteien, die seinerzeit die Kandidatur Marx gegen Hindenburg unterstützten.

Herr v. Hindenburg hat, wie die offiziöse Meldung hinzusetzt, gestern auch seine Hoffnung auf eine baldige Befreiung des Rheinlands und des Saargebiets zum Ausdruck gebracht. Auch das gibt zu mancherlei Erinnerungen Anlaß. Der Weg zur Befreiung des besetzten und des Saargebiets, über die in den kommenden Wochen mit den Franzosen mit guten Aussichten auf Erfolg verhandelt werden wird, hat über verschiedene Etappen geführt, die ebenso viel innerpolitische Schlachten waren. Zunächst die Bildung der Großen Koalition im Sommer 1923, um den Ruhrkampf abzubrechen, den die Deutschnationalen bis zum Weißbluten fortführen wollten, weil sie hofften, im allgemeinen Chaos wieder an die Macht zu gelangen. Sodann war es nötig, die schwarzweißen Putschisten niederzuschlagen, deren Erfolg den sicheren Zerfall des Reiches, vor allem den sofortigen Verlust des gesamten linken Rheinufers bedeutete hätte. Daß dies gelang, ist vor allem das Verdienst zweier Männer, die von denselben Leuten niederträchtig befudelt wurden, die später für die Wahl des „Retters“ geschwärmt haben: Ebert und Severing. Daß man jetzt über die friedliche Befreiung des Rheinlandes aussichtsreich verhandeln kann, ist auch darauf zurückzuführen, daß es den vernünftigen Leuten, vor allem der Sozialdemokratie, gelang die „Versackungspläne“ des Herrn Dr. Farres zu vereiteln.

Zur weiteren Entwicklung war u. a. auch die Niederlage der deutschnationalen Gefinnungsgenossen unserer Deutschnationalen, die Niederlage des „Bloc National“ bei den Wahlen von 1924 notwendig. Erst der im neuen französischen Parlament wiedereroberte Einfluß der Sozialparteien, insbesondere der dortigen Sozialisten, die sich seit Jahren mit der deutschen Sozialdemokratie über eine gemeinsam zu befolgende Friedenspolitik geeinigt hatten, hat den Weg für die weiteren Fortschritte des Friedens freigemacht, auf dem die inzwischen erstarkten deutschen Rationalisten eins der gefährlichsten Hindernisse bildeten.

Das hat sich ganz besonders dann gezeigt, als der Reichstag über die Annahme des Sachverständigenplanes zu entscheiden hatte. Hätten die Deutschnationalen nicht eine maßlose Anstöß vor Neuwahlen und eine noch größere Sehnsucht nach Ministerposten empfunden, dann würden sie das Dawes-Abkommen zum Scheitern gebracht haben. Sie wagen es damals vor, sich zu halbieren — um hinterdrein die „Dawes-Parteien“ aufs neue durch den Rot zu ziehen.

Der Weg zur künftigen Befreiung des Rheinlandes führte weiter über den Sicherheitspakt von Locarno. Um Regierungspartei wenigstens bis zur Verabschiedung der Getreidezölle zu bleiben, haben die Deutschnationalen die Vorkämpfer für Locarno monatelang stillschweigend mitgemacht. Nachher allerdings sind sie aus der Regierung ausgesprungen, und sogar Herr Schiele hat sich nicht entblödet, der Regierung für ihre Locarno-Politik das Mißtrauen auszusprechen. Durch Locarno ist der feierliche Verzicht auf jeden Revanchekrieg, also auf die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens ausgesprochen worden. Das konnten die Deutschnationalen unmöglich vor ihren Wählern verantworten, die sie jahrelang mit Rachechwüren gegen den „Erdfeind“ befohlen gemacht hatten. Wie oft sind schwarzweiße Demonstrationen durch die deutschen Städte gezogen, unter dem Gesang: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!“ — ganz besonders, als es im Frühjahr 1925 galt, Stimmung für die Wahl des „Retters“ zu machen!

Die Deutschnationalen haben Locarno abgelehnt und sie haben sich — konsequenterweise — gegen den Eintritt in den Völkerbund ausgesprochen. Aber der Eintritt in den Völkerbund ist — ebenso wie die Ratifizierung von Locarno — dank den Stimmen der Sozialdemokratie vollzogen worden. Diese hat es abgelehnt, dem deutschnationalen Vorbild zu folgen und Erpressung an der Reichsregierung zu üben. Nicht die Sehnsucht nach Ministerposten, nicht die illusionäre Hoffnung auf einen lediglichen Erkenntnis, daß allein der Weg über den Dawes-Plan, über Locarno und über Genf zur Befreiung des deutschen Bodens von fremder Besatzung und zum politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Volkes führen konnte.

Kabinettsrat über Genf.

Dank an die deutsche Delegation — Einsetzung eines Ministerausschusses.

Amtlich wird gemeldet:

In der heutigen unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx abgehaltenen Sitzung des Reichskabinetts erstattete der Reichsaußenminister Dr. Stresemann Bericht über die Tätigkeit der deutschen Delegation auf der Völkerbundsversammlung in Genf. Das Kabinett stimmte der Haltung der deutschen Vertreter zu und sprach dem Reichsminister Stresemann sowie den übrigen Mitgliedern der Delegation für die geleisteten Arbeiten seinen Dank aus.

Anschließend berichtete Dr. Stresemann über den Inhalt seiner Verhandlungen mit dem französischen Außenminister Briand zur Frage des deutsch-französischen Ausgleichs. Das Kabinett billigte einstimmig und grundsätzlich diese Verhandlungen, zu deren Weiterführung ein aus den in Betracht kommenden Ressortministern bestehender Ausschuss gebildet wurde, der dem Kabinett demnächst Bericht erstatten soll.

Noch immer die Bierbankrede.

Auch die Pariser Linkspresse protestiert scharf.

Paris, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die „Ere Nouvelle“, die bisher zu der Rede Stresemanns mit feinem Wort Stellung genommen hatte, tut es heute, nachdem sich die erste Aufregung in den offiziellen Kreisen zu legen beginnt, und zwar in sehr scharfen und harten Ausdrücken. Das Blatt protestiert hauptsächlich dagegen, daß Stresemann wieder die Kriegsschuldfrage aufgerollt habe. Wenn es einen Gerichtshof gäbe, der Völker und Nationen aburteilen könnte, dann könnte man die Kriegsschuldfrage von ihm entscheiden lassen. So aber hat sie kaum noch historische Bedeutung.

Es liegt kein Grund vor, weil Briand den Frieden machen will, uns wieder von der Rolle Poincarés im Kriege zu sprechen. Wenn die von Deutschland seit Locarno geführte Politik dahin gehen soll, die auf dem Kaiserreich lastende Verantwortung auf die französische Republik abzuwälzen, dann werden wir Republikaner ein entschiedenes Wort sagen. Es dient der Sache der Verantwortung nicht, wenn man die Urheber der großen Schlägerei reinzuwaschen sucht. Wir können also Herrn Stresemann nur den guten Rat geben, diesen Versuch nicht noch einmal zu wiederholen.

Der „Quotidien“ äußert sich womöglich noch scharfer und erklärt, der Reichsaußenminister habe in einer Verleumdung eine sehr ungestüme Sprache gesprochen. Stresemann wollte natürlich, so fügt das Blatt hinzu, die Chauvinisten zu Hause beruhigen. Aber er tat dies mit einer Plumpheit und einer Brutalität, daß er bei uns die schärfsten Proteste hervorrief. Es darf unter keinen Umständen dahin kommen, daß die deutsch-französische Annäherung mit Bierreden gemacht wird.

Faschistenfeigheit.

Jede Opposition soll vertilgt werden.

Rom, 24. September. (E.P.) Seit der Tagung des Faschistenrates in Rom treten die faschistischen Blätter für eine schärfere Taktik gegen die Opposition ein. Der „Impero“ fordert vollständige Unterdrückung aller Oppositionsblätter und Auflösung aller antifaschistischen Parteien: „Der von unserer Revolution gebahnte Weg ist noch nicht geklärt. Zu viel Schlägen der Vergangenheit bedecken ihn noch, und sie müssen hinweggefegt werden. Die Teilnehmer des Marsches aus Rom waren zu großmütig mit den Besiegten. Man hätte alle ihre Organisationen vollständig zerstören und das Unkraut für immer ausrotten sollen. Wir haben seinerzeit noch dem ersten Attentat auf Mussolini die „Giustizia“ (Soz.) unterdrückt und die sozialistische Einheitspartei aufgelöst. So sollte man auch gegen die anderen antifaschistischen Parteien vorgehen. Hoffentlich löst der große Faschistenrat endlich einen Beschluß. Besser spät als nie; wir wünschen, daß am vierten Jahrestage des Marsches aus Rom jedes antifaschistische Element vertilgt wird. Unser Regime kann sich den Luxus einer Opposition nicht gestatten.“

Die Mißhandlung des amerikanischen Konsuls.

Washington, 24. September. (W.B. nach Associated Press.) Senator Moses, Mitglied des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hat das Staatsdepartement ersucht, in Rom wegen des Ueberfalls auf den amerikanischen Botschaftsjungen Brennan nachdrückliche Vorstellungen zu erheben, obwohl der italienische Botschafter in Washington dem Staatsdepartement eine Denkschrift überreicht hat, in der die italienische Regierung ihr Bedauern über den Ueberfall ausdrückt, der nicht als eine Demonstration gegen die Vereinigten Staaten aufzufassen sei.

Der Konsul war das Opfer einer Horde geworden, die nach dem Lucetti-Attentat für den alten Attentatsverteidiger Mussolini demonstrierte; weil der Konsul den Schwarzhänden nicht die Revanche erwieh, wurde er geschlagen, bis er ohnmächtig dalag.

Alfons gegen Primo?

Der König verhandelt angeblich mit Gegnern des Diktators.

Paris, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Primo de Rivera hat der Pressekonferenz erklärt, die Nationalversammlung werde Anfang November zusammentreten. Wie die Pariser Blätter aber aus Spanien berichten, hatte der König kürzlich hinter dem Rücken des Diktators verschiedene Besprechungen, so namentlich mit dem früheren Ministerpräsidenten Guerra, der ihm mit größtem Freimuth erklärt habe, daß die Einberufung der von dem Diktator geplanten ständischen Nationalversammlung eine Verletzung der Verfassung sei. Der König habe aber auch liberale Politiker, wie Romanones und andere empfangen, die ihm ungewöhnlich erklärt hätten, daß sie für den Rücktritt des Königs Propaganda machen würden, falls er das verfassungswidrige Dekret für Neuwahlen unterzeichnet. Nach der Verfassung habe Spanien ein aus geheimer Wahl hervorgegangenes Parlament, und diese Verfassung dürfe der König nicht willkürlich mit einem Federstrich ändern.

Auf den „Dank“ der bürgerlichen Parteien und ihrer Minister hat sie nie gerechnet — dafür kennt sie sie zu genau — aber der Dank der breiten Volksmassen, die den deutschnationalen und kommunistischen Betrug am deutlichsten erkennen werden, wenn Rhein und Saar frei sind, ist ihr bei den künftigen Wahlen sicher.

Am 26. April 1925 wurde Herr v. Hindenburg mit 14,7 von 30,4 Millionen abgegebenen Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt. Aber diese relative Mehrheit war offenbar nur ein Vertrauensvotum für eine bestimmte Person, nicht für eine bestimmte Politik. Mit dem Wahlsieg vom 26. April war die politische Zeugungskraft der 14,7 Millionen völlig erschöpft, eine Politik in ihrem Sinne ist nie getrieben worden, auch unter der Regierung Luther-Schiele nicht, sie konnte gar nicht getrieben werden. Wer stand hinter der Wahl Hindenburgs? Herr v. Loebell mit seinem Reichsbürgerrat, der Stahlhelm nebst den übrigen Rechtsverbänden, die Deutschnationalen, der Altpreußische Verband usw. Mit halbem Herzen schließlich auch die Deutsche Volkspartei.

Dieser Gesellschaft war es gelungen, durch den Köder eines sehr populären Namens bei der Reichspräsidentenwahl einen Sieg zu erstreiten. Sie hatte gehofft — und hofft auch heute noch — mit Hilfe ihres Gewählten Politik in ihrem Sinne treiben zu können. Das ist ihr glücklicherweise nicht gelungen. Wäre es ihr gelungen, so gäbe es heute keinen Reichspräsidenten, der dem Reichsaußenminister für die Erfolge der deutschen Außenpolitik seinen Dank aussprechen könnte.

Herr v. Hindenburg hat seinen Gegner vom 26. April, Herrn Marx, zum Reichszustanzler ernannt. Er hat damit als konstitutionelles Staatsoberhaupt gehandelt und eine Regierung geschaffen, die mit der deutschen Volksvertretung arbeiten kann. Schon dadurch ist zum Ausdruck gebracht, daß die relative Mehrheit vom 26. April als ständiger Faktor der Politik nicht existiert.

Für ihre Führer bedeutet diese Entwicklung der Dinge eine starke Enttäuschung. Aber noch weniger als der einzelne Abgeordnete ist der Reichspräsident „an Aufträge gebunden“. Trotzdem hat es bis in die letzte Zeit hinein an Versuchen, ihn als Beauftragten einer bestimmten politischen Gruppierung zu betrachten und zu benutzen, nicht gefehlt. Wer mag z. B. dem alten Herrn in den Ohren gelegen haben, bevor er nach Genf den — vom Berliner Kabinett nicht befürworteten — Ratschlag erteilte, nicht für den Sieg Polens im Völkerbundrat zu stimmen?

Nicht zum erstenmal und wahrscheinlich nicht zum letztenmal haben die Führer der relativen Mehrheit vom 26. April durch solche Raubgeberei ihren Wunsch erkennen lassen, sich neben der vom Reichspräsidenten ernannten verfassungsmäßigen Regierung als eine Art Nebenregierung zu etablieren. Aber wie unvereinbar ihre Treibereien mit jeder Politik des Möglichen sind, zeigt der Dank Hindenburgs an Stresemann, dem sie sich nicht anschließen, und die von ihm ausgesprochene Hoffnung auf baldige Befreiung des besetzten Gebietes, die sie nicht teilen. Denn der Tag, an dem diese Befreiung erfolgt, wird für sie ein Tag der Niederlage sein!

Die beleidigte Reichswehr.

Strafantrag gegen die „Brandenburger Zeitung“.

Brandenburg, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichswehrminister hat gegen den verantwortlichen Redakteur der „Brandenburger Zeitung“ Genossen Fritz Ebert einen Strafantrag wegen Beleidigung der Reichswehr im allgemeinen gestellt. Das Blatt hatte der Reichswehr staatsfeindliche politische Tätigkeit und Mißachtung der Reichsfarben vorgeworfen. Der Angeklagte wird vor Gericht den Wahrheitsbeweis dafür erbringen, daß dieser Vorwurf auf die unteren Organe der Reichswehr voll und ganz zutrifft, da sie sich nicht im geringsten um die Anweisungen von oben kümmern.

Das große Heer.

Von Karl Hermann Franz.

Als ich morgens zur gewohnten Stunde den Zug bestieg, um mich zu meiner Arbeitsstätte zu begeben, war das Abteil, in das ich stieg, so überfüllt, daß ich nur noch mühsam am Fenster einen Stützpunkt fand. Ich war an drei oder vier Wagen vorübergegangen, alle waren übermäßig besetzt. Es mußte etwas los sein, ein Sportfest etwa, das draußen abgehalten wurde, eine große Versammlung, jedenfalls etwas Außergewöhnliches. Ich musterte meine Mitreisenden, doch das Gemeinliche, das Menschen mit gleichen Zielen verbindet, vermochte ich nicht zu entdecken. Niemand trug ein Vereinsabzeichen, auch politische Symbole waren nicht zu sehen. Eine bunt zusammengewürfelte Gesellschaft.

Nun studierte ich die Gesichter, die Mienen, die Bewegungen, wurde aber nur noch schwankender in meinem Urteil. So völlig verschiedene Menschen hatte ich bisher noch nie zusammengefunden. Allen nur denkbaren sozialen Schichten schienen sie zu entstammen, auch im Alter schwankten sie um einige Jahrzehnte. Der alte Mann im feierlichen Rock erinnerte an bessere Zeiten, vielleicht war es ein in der Infanterie verarmter Rentier. Ein anderer mit melancholischem Gesicht und ergrautem Haar machte den Eindruck eines Schauspielers ohne Engagement. Der junge Mensch neben ihm schien ein nicht fertig gewordener Student zu sein. Auf den Bierbrauer mit kurzer Samtjoppe und Hosen in den Stiefeln vermochte ich mir keinen Vers zu machen. Außerdem traf mein Auge Allerweltsercheinungen, Schreiber, Buchhalter, Angestellte aller Art, Spielbälle der drängenden Verhältnisse. Frauen sind nicht darunter, fuhr es mir durch den Sinn. Das Problem wurde immer verwickelter. Wie kamen diese Menschen zusammen, was verband sie, welchem Ziele führen sie entgegen?

Der Zug verlangsamte seine Geschwindigkeit, der Bahnhof kam in Sicht, knirschend legten sich die Bremsen an die Räder. Ich stieg aus. Alle Instanzen des Abteils folgten mir. Aber auch die anderen Abteile lernten sich. Mit einem Male wimmelte der weite Bahnsteig von Menschen, Hunderte strömten durch die Sperre.

„Was ist denn heute los?“ fragte ich den mir bekannten Beamten.

Der suchte die Kapseln. „Das ist heute schon der dritte Frühzug,“ erwiderte er, „der völlig überfüllt ist.“

Ich trat auf die Straße hinaus, eine wahre Völkerwanderung ergoß sich zwischen den Häusern, die Bürgersteige reichten nicht aus, auch über den Damm flutete die Menge. Alles strebte nach einer Richtung, mit einer komischen und grotesken Hast, als wolle einer dem anderen den Rang ablaufen. Mich packte die Neugier, was diese Menschenmassen vorwärts jagte. Das alles überholte mich, lief förmlich an mir vorüber, Männer, nur Männer, alt und jung, die gleichen Menschen, mit denen ich im Abteil gewesen, in dauernder Wiederholung.

Kommunisten-Parteitag.

Großer Sägebetrieb in Aussicht.

Die Kommunisten halten ihren Parteitag vom 27. November bis 1. Dezember in Essen ab. Referenten sind: Braun, Dengel, Thälmann, Gelsche, Schneller. Leute, die zur Roten Parteitagreferat selber entwerfen können, sind nicht darunter —, die sind alle schon hinausgeworfen.

Dieser Parteitag wird sich mit dem Krach in der KPD. befassen. Er soll die Weber, Scholem, Schlich, Urbahns, die Führer der 700 oppositionellen Funktionäre, aus der KPD. hinauswerfen.

Kreuz-Zeitungs-Pleite.

Im Zeichen Oswald Spenglers.

Die „Kreuz-Zeitung“ muß saniert werden. Im Juni vorigen Jahres wurde ihr Verlag in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, von deren Kapital von 1 Million Mark Graf Westarp 250 000, zwei Herren von Woenleben je 350 000 und 250 000 Mark übernahmen. Schon die Gründungsbilanz war insofern passiv, als die höheren Passiven nur durch das reichlich fiktive Konto von 150 000 M. für den Verlagswert mit den Aktiven ausgeglichen werden konnten. Die Gründer hatten offenbar an dem hohen Aktienkapital von 1 Million mehr Vergnügen als an der vorsichtigen Bewertung der Betriebswerte. Für das erste Jahr 1925 ergab sich gleich ein Verlust von 109 624 M. Inzwischen scheint die Lage noch viel schlechter geworden zu sein, so daß eine scharfe Sanierung nötig geworden ist. Das Kapital wird nach den Beschlüssen der außerordentlichen Generalversammlung 10:1 auf 100 000 M. zusammengelegt. Der Beisatz wurde einstimmig gefasst. Die Aktienbesitzer, die nach den bisher vorliegenden Informationen nur 581 150 M. eingezahlt haben, haben also die Zusammenlegung dem Einbruch des noch nicht eingezahlten Kapitals vorgezogen. Ihr Vertrauen in die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens ist also nicht sehr groß, und auf die Versicherung, daß das Bestehen der „Kreuz-Zeitung“ in jeder Weise sichergestellt sei, fällt dadurch ein etwas düsteres Licht. Die Beleuchtung wird durch die Tatsache auch nicht günstiger, daß im Aufsichtsrat der „Kreuz-Zeitung“ A.-G. auch Oswald Spengler sitzt, der bekanntlich den „Untergang des Abendlandes“ verfaßt hat.

Probleme der Weltwirtschaft.

Tagung des „Vereins für Sozialpolitik“.

Wien, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die erste Sitzung des „Vereins für Sozialpolitik“ brachte am Donnerstag zunächst die Begrüßungsreden. Bundespräsident Hainisch legte dar, daß er den Kapitalismus für eine vorübergehende Wirtschaftsform halte. Unter den Begrüßungsrednern befand sich auch der Vertreter der Arbeiterkammer Wiens, der u. a. bemerkte, der Verein für Sozialpolitik sei in den letzten Jahren darüber etwas ungehalten, daß sein Schutzbefohlener, die Arbeiterkammer, „etwas zu selbständig oder gar ungebührlich geworden ist“.

Dann folgten die Referate. Zuerst sprach Prof. Harms-Riet über „Strukturwandlungen der Weltwirtschaft“. Er priest die Entwicklung in Amerika und erklärte, daß die Zukunft die höchste Entwicklung des kapitalistischen Geistes bringen werde. Prof. Oldenburg-Berlin sprach über Zoll- und Handelspolitik. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Weltwirtschaft sich zu einer Politik der Interessensolidarität entwickeln werde. In der Debatte sprachen u. a. der österreichische Sektionschef Schiller, der ausführlich die Ursachen der Krisen darlegte, dann der deutsche Ministerialrat Schönebeck, der sich offenbar verpflichtet fühlte, die deutschen Hochschulzölle zu verteidigen. Er vertrat die Ansicht, daß man nicht nur auf Fertigwaren, sondern auch auf Halbfabrikate hohe Zölle legen müsse, um ein geeignetes Instrument für die Handelsvertragsverhandlungen zu haben. Es folgte Hiltnerding, der darauf hinwies, daß die Proportionalitätsverhältnisse verschoben worden seien und die organische Industrialisierung durch den Krieg unterbrochen worden sei. Der Kapitalismus führe jetzt

Nun stauten sich die Massen, es ging langsamer weiter, schließlich nur noch Schritt um Schritt. Dann stand alles still, ich sah gerade auf den Marktplatz, in den die Straße mündete. Hier drängte sich Kopf an Kopf, aller Blicke richteten sich auf ein Haus, das verriegelt und verarmelt zu sein schien. Die Fensterscheiben waren fest geschlossen, kein Fenster unbewehrt, die Tür mit schweren Brettern verwahrt. Auf der Holzbohle erkam ich ein großes weißes Plakat, dessen Schrift ich nicht zu entziffern vermochte. Menschen versuchten sich gewaltsam Eingang zu verschaffen, rüttelten an der Tür, zu der einige Stufen emporführten, und sprachen laut zu den Untenstehenden.

Langsam schob ich mich vor, schlüpfte da in eine Lücke, erspähte dort einen Durchgang und arbeitete mich bis an das geheimnisvolle Haus. Und las auf dem weißen Plakat in großer Pinselschrift:

„Die Stelle des Adressenschreibers ist besetzt.“

Ich starrte auf die Gesichter meiner Nebenmänner, erkannte den verarmten Rentier, den verkommenen Komödianten, den entwürdigten Offizier, den nicht fertig gewordenen Studenten, den entlassenen Bankbeamten, den stellunglosen Bierbrauer und alle die anderen, die mit bekümmerten Mienen nach einem Verdienst jagen. Und begriff, was ihnen gemeinsam war, was sie verband und ihnen das Rainszeichen auf die Stirn brannte. Typen waren es alle, die einer großen Armee zugehörten, auf deren Fahnen Hunger und Entbehrung stehen. Mitten im großen Heer der Armut stand ich, das sich im ewigen Kampfe um ein Stück Brot verblutet.

Der gefühlvolle Jozir. Durch die europäischen Hauptstädte reisen orientalische und abendländische Fatise, die den Schmerz überwunden haben und sich in Konzerten vor der staunenden Menge Feinigkeiten aller Art unterziehen. Der französische Schriftsteller Paul Heuzé hat keine Erfahrungen über diesen Gegenstand in einem Buche gesammelt, das jetzt unter dem Titel „Fakirs, samistes et Cie.“ erscheint. Er schreibt darin: „Es handelt sich um einen berühmten Fakir mit dem Postortitel, der in einem Pariser Konzertsaal auftrat. Paul Heuzé wollte, obgleich er eigentlich wenig Zweifel über diese Dinge hegte, sich vergewissern, daß der fragliche Fakir keineswegs so gefühllos war, als man ihm die Hutmöbeln durch die Wangen steckte. Mit Nadeln in seinem Körper begab sich der Fakir in die Reihen der Zuschauer. Eines Abends besuchte Heuzé mit einem Freunde die Vorstellung; dieser hatte eine kleine Stecknadel in der Hand, eine ganz gewöhnliche, kleine Nadel. Als der Fakir bei ihnen vorbeiging, stach ihn der Freund arglistig mit der Nadel in das Gesicht. Der Fakir machte einen plötzlichen heftigen Sprung, drehte sich dann mit wütenden Blicken um und gewann einen Augenblick darauf seine Kaltblütigkeit wieder. Man kann nicht leugnen, daß er dann seinen Weg durch die Zuschauer fortlegte, als hätte sich weiter nichts ereignet.“ Man sieht also, daß auch die gefühllosesten Menschen noch Gefühle haben, wenn man ihnen nur an der richtigen Stelle und im richtigen Augenblick Nadelstiche versetzt. Offenbar gibt es keine Menschen, die den Schmerz nicht empfinden, sondern nur solche, die ihn sich verbeißen.

zu einer höheren Organisationsphase, aber es könnte auch den Erben des Kapitalismus recht sein, wenn die Anarchie der Wirtschaft beizugeht werde.

Direkte Siedlungsaktion bei Wien.

Debatte im Parlament.

Wien, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Vor einigen Tagen haben, wohl unter dem Eindruck der Propaganda „Kolonien in der Heimat“, eine Anzahl Arbeitslose, darunter Organisierte und Schutzbundgenossen, die sogenannte Oberau in dem Waldgebiet der Donauniederung unterhalb von Wien besetzt und dort sofort zu roden begonnen, um eine landwirtschaftliche Siedlung zu errichten. Das Land ist, als ehemals kaiserlicher Besitz, jetzt Eigentum des Kriegsbeschädigtenfonds, und dessen Kuratorium hat, gestützt auf Befehle, wonach die Oberau dauernd überschwemmungsgefährdet, guten Trinkwassers ermangelnd und überhaupt ungesund ist, eine Verpachtung des Gebietes zu Siedlungszwecken abgelehnt, worauf den Arbeitslosen ein Ultimatum zur Räumung gestellt worden ist; das ganze Gebiet ist von Gendarmen dicht umstellt, die befehlsgemäß auch die Heranbringung von Lebensmitteln hindern. Die Angelegenheit hat nun infolge einer dringenden Anfrage der Sozialdemokraten den Nationalrat beschäftigt.

Genosse Dr. Bauer begründete die Anfrage, die fordert, daß bei Räumung der Oberau gegen die Arbeitslosen nicht Gewalt angewendet wird, ferner daß der Minister für Landwirtschaft einen Plan zur Zurückführung der Arbeitslosen, die aus der Landwirtschaft stammen, in ihre früheren Berufe ausarbeitet, und schließlich, daß Befehlswürde über Schaffung von Siedlungsland durch Enteignung sowie über Organisation und Finanzierung von Ansiedelaktionen für Arbeitslose dem Nationalrat unverzüglich vorgelegt werden. Abg. Bauer erwähnte hierbei, daß die Ereignisse in der Oberau auch das große Problem der Beschäftigung von Arbeitslosen in der Landwirtschaft überhaupt aufwerfe und verlangte mit besonderem Hinweis auf die slowakischen Wanderarbeiter, daß die Aufnahme fremder Wanderarbeiter unter scharfer Kontrolle gestellt werde.

Bundeskanzler Dr. Ramek betonte in seiner Antwort, daß die zuständigen Stellen in Ausführung ihrer Aufträge nach den gesetzlichen Bestimmungen bei der Aufforderung an die Siedler, die Oberau zu räumen, sich bemühen werden, die Angelegenheit in friedlicher Weise zu regeln. Die Siedler aber und die Mitglieder des Vereins „Kolonien in der Heimat“ müßten sich an die Anordnungen der Behörden halten. Im gegenwärtigen Augenblick bestünde daher für den Bundeskanzler kein Anlaß, dem Landeshauptmann von Niederösterreich einen bestimmten Auftrag zu geben oder ein bestimmtes Verbot zu erlassen.

Landwirtschaftsminister Thaler erklärte u. a., die freiwilligen Zuneigungen von Land hätten viel mehr zum Erfolge geführt, als alle Gesetze und Verordnungen. Daher sei auch in dem vorliegenden Fall beabsichtigt, die Frage im Einklang mit den Besitzern zu lösen. Auf die Frage nach Beschaffung von Siedlungsland durch Enteignung antwortete er aber mit einem lauten Nein. Solange er die Ehre habe, Landwirtschaftsminister zu sein, werde er von dem geltenden Eigentumsbegriff nicht abweichen. (Lebhafte Beifall rechts, Zwischenrufe.) Solange der Eigentumsbegriff nicht angetastet würde, so schloß der Minister, könnten die Siedler seiner Unterstützung sicher sein.

Die beiden Minister, die da gesprochen haben, gehören der Christlich-Sozialen Partei an, ebenso der Landeshauptmann des Bundeslandes Niederösterreich, das eine christlich-sozialistische Mehrheit hat, da Wien eigenes Bundesland ist.

Die beiden Pfarrer Bachmann und Schaffl, gegen die von der vorgelegten Kirchenbehörde ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden war, weil sie beim Volkseid für die Gewissensfreiheit eintraten und sich gegen den Mißbrauch der Kanzel durch eine einseitige Stellungnahme gegen die entschuldigungslose Fürstenteignung gewandt hatten, trotzdem sie selbst Gegner des Volkseides waren, wurden am Donnerstag vom Disziplinargericht freigesprochen. Der Vertreter der Anklage hatte die geringste Ordnungsstrafe beantragt. Damit ist das Verfahren, das auf Teilerbeben des Frankfurter Führers der Deutschnationalen, des Senatspräsidenten Dr. Heilmann zurückzuführen ist, schmählich zusammengebrochen.

Tolstoi und Gandhi. Der Freund und Biograph Tolstois, Paul Birutoff, gab kürzlich einen Band Tolstoi-Dokumente im Zürcher Rotapfel-Verlag heraus, der den Briefwechsel des russischen Dichters mit führenden Männern des Orients umfaßt. Als besonders charakteristisch erscheinen darin Tolstois Bemühungen, mit seinen dafür aus östlicher Weltanschauung besonders prädestinierten Korrespondenten zur Auffstellung eines weltumspannenden Pazifismus auf einheitslich-religiöser Grundlage zu kommen. Für die unmittelbare politische Wirksamkeit der Tolstoischen Friedenslehre aber bringt der Briefwechsel in einem Mahatma Gandhi betreffenden Teile imponierende Beweise. Gandhi, der bekannte indische Unabhängigkeitsführer, der sein Ziel ohne gewaltsame Erhebung gegen die englische Beherrschung des Landes erreichen wollte, besann sich in seinen Briefen an Tolstoi ausdrücklich als dessen begeisterten Verehrer und Schüler, der ihm das Wesentliche seiner politischen Anschauungen und Praxis verdante. Rag auch sein Kampf erfolglos geblieben sein: kein Kampf ist ein neuer Beitrag zu der Frage, ob geistige Bewegung praktische politische Folgen auszulösen vermögen.

Die ungetaupte Stadt. Die Italienreisenden, die jetzt die Eisenbahnlinie von Pisa benutzen, sind nicht wenig überrascht, auf dem Bahnhof von Arezzo den Stationsnamen von einer dichten Firmenschrift bedeckt zu finden, so daß man ihn nicht mehr entziffern kann. Die blauen Inschriften, die die Mauern des Stationsgebäudes bedecken, sind auch entfernt worden, und man hat ihnen neuen Namen an ihre Stelle gesetzt. Arezzo heißt jetzt Apua, da es in den apuanischen Alpen liegt. Der Grund für diese Namensänderung? In den Mauern dieser ungeliebten Stadt ist der Mann geboren worden, der jüngst ein Attentat auf Mussolini gewagt hat. Der Name dieses Ortes muß, so meinen die Faschisten, für alle Zeiten aus dem Bewußtsein der Menschheit getilgt werden. Ehemals, wenn ein Eroberer eine Stadt besetzen wollte, ließ er ihre Mauern scheitern. Wieviel humaner ist das moderne Italien, das sich damit begnügt, einen Sturm auf einige Stationsgebäude vorzunehmen. Ehemals glaubte man allerdings, daß ein Verbrechen nur die Ehre des Verbrechens beschämte, und in ganz barbarischen Zeiten war man der Ansicht, daß damit auch die Ehre der Familie des Verbrechens dahin sei. Mussolini blieb es vorbehalten, einer ganzen Stadt den guten Namen zu nehmen, weil in ihren Toren ein politischer Verbrecher geboren wurde, der dazu noch den größten Teil seines Lebens außerhalb der Stadtmauern gewollt hat.

Hugo Cedecers Diana, das von der Stadt Berlin erworbene Promenadenstück, das seit einigen Monaten eine vorläufige Auffassung am Pariser Platz, am Ende der Lindenpromenade hatte, ist gestern endgültig im Friedrichshagen aufgestellt worden.

Erich Weinerl-Abend. Am Montag, den 27. September, 8 Uhr, spricht Erich Weinerl im Kaiserhof, Köfener Str. 38, eigene politische und unpolitische Satiren.

Theaterfabrik in Ebersfeld. Bei der 24. Aufführung des „Rachischen Weinbergs“ wurden aus dem Publikum Steinbomben in den Saal geworfen. Es kam zu einem wüsten Schandal und einer Schlägerei. Das herbeigerufene Ueberfallkommando verhaftete eine ganze Reihe der Unruhstifter. Die Vorstellung mußte unterbrochen werden, wurde jedoch schließlich zu Ende geführt.

Eine furchtbare Bluttat.

Frau und Kind und sich selbst ermordet.

Eine entsetzliche Tragödie hat sich in der vergangenen Nacht in dem Hause Christburger Straße 13 abgespielt. Hier wohnte seit Jahresfrist im 3. Stock des Quergebäudes am 2. Hof in Stube und Küche der 36 Jahre alte Bankbeamte Otto Grofe mit seiner 33 Jahre alten Frau Frieda und dem 6jährigen Töchterchen Herta. Der Mann wies nun gestern Frau und Kind auf bestmögliche Art und sprang dann selbst zum Fenster hinaus, um sich den Tod zu geben. Im einzelnen wird hierzu folgendes gemeldet:

Grofe litt schon seit längerer Zeit schwer an den Nerven. Er hatte den Weltkrieg mitgemacht. Längere Zeit war er bei einer Bank beschäftigt. Dann aber wurde er mit vielen anderen entlassen. Seitdem bezog er eine Pension von 80 Mark monatlich. Die Beschäftigungslosigkeit und die ständigen ausichtslosen Bemühungen um neue Arbeit verschlimmerten sein Leiden so sehr, daß er am 9. März d. J. nach der Nervenklinik in Bernau gebracht werden mußte. Dort blieb er bis zum 6. Juli d. J. Dann wurde er als gebessert entlassen. Von neuem sah er sich nach Beschäftigung um, erhielt aber keine feste Stellung mehr und betätigte sich nun privatim mit schriftlichen Arbeiten. Seit einiger Zeit war er wieder hochgradig nervös und zeigte ein gereiztes Wesen. Nachdem die Familie gestern Abend zur gewohnten Zeit schlafen gegangen war, hörten die Untermieter kurz vor 12 Uhr aus der Behausung ein leises Wimmern. Sie wurden völlig wach, als gleich darauf ein Fenster aufgerissen wurde und jemand mit dem Schrei „Brüder meine Frau und mein Kind!“ auf den Hof hinabsprang. Die Untermieter und andere Leute aus dem Hause eilten nach dem Hofe hinab, sahen dort einen blutbesudelten Mann regungslos daliegen und erkannten in ihm den Hausgenossen Grofe. Während einige nach dem 67. Revier liefen, versuchten andere in Grofes Wohnung nachzusehen. Auf ihr Klopfen und Rufen erhielten sie keine Antwort. Hineingehen konnten sie nicht, weil die Tür von innen verschlossen war. Schupo- und Kriminalbeamte des Reviers schlugen die Türöffnung ein und verschafften sich so Einlaß. Ihnen bot sich ein grauenhaftes Bild. In ihrem mit Blut durchtränkten Bett lag Frau Grofe. Sie hatte eine tiefende Halswunde mit zerfetzten Rändern. Im Bette des Mannes lag das Töchterchen mit der gleichen Verletzung. Man konnte nur noch ihren Tod feststellen. Auch der Mann war an den Verletzungen, die er sich bei dem Sturz zugezogen hatte, bereits gestorben. Wie die vorläufige Untersuchung der Leichen ergab, muß Grofe nachdem er heimlich aufgefunden war, während Frau und Kind weiter schliefen, zunächst die Frau durch Würgen am Halse, wie Wale zeigen, bewußtlos gemacht haben. Dann legte er ihr mit einer Baumrinde, die er aus der Küche holte, den Hals bis auf den Wirbel durch. Hierauf nahm er das Kind aus seinem Bette heraus, weil ihm dessen Gitter am Sägen verhinderte. Er legte es auf sein eigenes Bett und tötete es dann ebenso, wie die Frau. Die typische Stellung der Arme und Hände der kleinen Leiche zeigt, daß das Mädchen sich instinktiv gewehrt hat. Mit den Händen bedeckte es sich das ganze Gesicht mit Blut. Das Wimmern, das die Untermieter hörten, war ohne Zweifel von dem Kinde ausgegangen. Die Mutter hat wohl keinen Laut von sich gegeben. Auch Grofe bedeckte sich bei seiner schaurigen Tat stark mit Blut, legte zuletzt die Säge auf die Leiche des Kindes und sprang dann aus dem Fenster auf den Hof hinab. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte die drei Leichen, ließ sie nach dem Schauhaus bringen und verschloß die Wohnung. Grofe muß ohne Zweifel in einem Anfall von völliger Geistesumnachtung gehandelt haben, anders ist diese Bluttat nicht zu erklären.

Schwerer Unfall im Umformerwerk der Bewag.

Ein folgenschwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern Nachmittag gegen 10 Uhr in dem Umformerwerk der Bewag in der Rathausstraße. Der Schlosser Erich Friedel aus der Guineastr. 2 war dort mit Montagearbeiten beschäftigt. Er kam der Hochspannungseisenleitung, die 6000 Volt führt, zu nahe. Eine Stichflamme, die kurzschluß zur Folge hatte, schloß hervor. Friedel erlitt Verbrennungen dritten Grades (d. h. lebensgefährliche Verletzungen) Feuerwehre und Rettungssamt waren sofort zur Stelle, die für die Ueberführung des Verunglückten in das Krankenhaus am Friedrichshain sorgten. Sein Zustand ist hoffnungslos. Die bisherige Untersuchung hat, wie die Betriebsleitung der Bewag mitteilt, ergeben, daß alle Vorkehrungsmaßnahmen, die getroffen werden mußten, auch angewandt worden sind. Ein Wachtposten und Schlichter haben deutlich zu erkennen, welcher Teil des Arbeitsfeldes unbetretbar sein sollte. Der Verunglückte, der einer anderen Arbeitsgruppe angehörte und den Auftrag hatte, in einer ebenfalls partierre liegenden Stromlose Zelle zu arbeiten, hatte sich in das Arbeitsfeld der vorerwähnten Gruppe begeben und plötzlich unglücklichweise eine Zelle berührt, die unter 6000 Volt Spannung stand. Der Alarmruf des Wachtpostens und des Durchschlages der Stromme war ein Augenblick von Sekunden, so daß der Warnruf zu spät kam. Durch den Betriebsunfall entstand eine Störung bis zu 35 Minuten Dauer bei den Drehstrom- und Hochspannungskonsumenten des Bezirks Rathausstraße.

Hilfe für die Laubenkolonisten.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat im Rathaus folgenden Antrag eingereicht:
Die zunehmende Behausung sowie die Anlegung von Spiel- und Sportplätzen hat in verschiedenen Bezirken Massenlandungen von Kleingärtnern hervorgerufen. Hierzu kommt noch, daß einige Kleingärtner in letzter Zeit Kündigungen für wirksam erklärt haben, ohne bis ins einzelne zu prüfen, ob das als Kündigungsgrund angegebene Bauvorhaben auch wirklich ausreichend finanziert war. Diese Massenlandungen haben in der gesamten Kleingärtnerfraktion eine erhebliche Beunruhigung hervorgerufen, welche noch dadurch verschärft wird, daß ausreichendes Ersatzgelände nicht zur Verfügung gestellt worden ist. Um die Vernichtung der mit vieler Mühe geschaffenen blühenden Kleingärtnerkolonien zu verhindern und die vorhandene Erregung zu beenden, hoffen wir die schnelle und ausreichende Ausweisung von Dauerkolonien für dringend notwendig. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht daher den Magistrat, die Ausweisung von Gartenheimstätten (Dauerkolonien) mit größter Beschleunigung vorzunehmen und der Stadtverordnetenversammlung baldigst eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.
Es steht zu erwarten, daß bereits in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten am 7. Oktober die Angelegenheit zur Beratung kommt.

Schule und Berufsberatung.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht will jetzt eine Vermittlungsarbeit zwischen Schule und Berufsberatung auf möglicher breiter Grundlage durchführen und diese Tätigkeit auch auf die Provinzen ausdehnen. Zunächst sollen zwei- bis dreitägige Lehrgänge unter der Bezeichnung „Schule und Berufsberatung“ in den verschiedenen Provinzen abgehalten werden, und zwar möglichst am Orte der Regierungen. Der Plan der Lehrgänge soll sich möglichst den örtlichen Bedürfnissen anpassen, aber in den Grundzügen folgendermaßen gestaltet sein: Hauptthemen: Notwendigkeit und Aufgabe der öffentlichen Berufsberatung; Organisation der öffentlichen Berufsberatung; die Wirkungen der Schule a) ihre Möglichkeiten und Grenzen, b) ihre besondere Gestaltung für die verschiedenen Schulstufen; psychologische Beobachtungen in den Schulen; die Begutachtung durch den Schularzt. Sonderfragen, z. B. die Beratung und Betreuung der Berufsschwachen und Erwerbsbeschränkten; das Arbeitsrecht des Jugendlichen; neue Formen der Berufsausbildung.

könnten nur in einzelnen Fällen berücksichtigt werden. Als Vortragende sollen möglichst auch örtliche Vertreter der Lehrerschaft der verschiedenen Schulstufen hinzugezogen werden. Um das Zusammenwirken zwischen der Lehrerschaft aller Schulstufen und den Vertretern der öffentlichen Berufsberatung möglichst zu fördern, sollen die Lehrgänge in zunächst enger Fühlungnahme mit den Stellen der öffentlichen Berufsberatung, wenn möglich unter Mitwirkung ihrer örtlichen Vertreter, durchgeführt werden. Im Hinblick auf die hohe Bedeutung dieser Veranstaltung hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, zugleich im Namen des Ministers für Handel und Gewerbe, die Regierungspräsidenten, Regierungen und Provinzialschulkollegien ersucht, die Schulaufsichtsbeamten und die Lehrerschaft empfehlend auf den Besuch dieser Lehrgänge hinzuwirken. Ferner wird das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht gemeinsam mit der Reichsarbeitsverwaltung ein Handbuch „Die Schule im Dienst der Berufserziehung und Berufsberatung“ herausgeben, das zur Ergänzung und Vertiefung für den einzelnen Lehrer gute Dienste leisten wird.

Der Häuserverfall blüht.

Eine Notwohnung in der Waschküche.

Unter den vielen Klagen der Hausbewohner über die ungeheure Vermehrung ihrer Wohnstätten fand sich wieder mal ein besonders trauriger Fall. Es handelt sich um das Haus Berlin R. Schliemannstr. 11, eine jener großen Mietkasernen, die mehrere Höfe, Hinterhaus- und Quergebäude umschließt, wo eng zusammengepfercht, bis zu 3 Parteien in einem Stockwerk, viele Menschen beisammen hausieren. In den Höfen kein Baum, kein blühendes Grün, statt dessen aber Schmutz und Gestank. Bis vor wenigen Wochen lagerte im Hofe ein Riesenschutthaufen, der von Hausarbeiten im Monat Mai herrührte. Das Gitter des Gullyloches ist derart schadhast, daß Kinder beim Spielen schon öfters in Gefahr gerieten. Nun haben die Mieter zur Verhütung von Unglücksfällen ein paar Bretter draufgelegt. Gelegentlich des Neuanstrichs der Hausfassade, was nach langem Kampfe endlich vorgenommen wurde, wurden durch Aufstellen des Gerüsts viele Türen und Fenster beschädigt, wodurch in den Gängen und Wohnungen, speziell bei der jetzigen kühlen Nachttemperatur, Zugluft und Kälte einbrach. Der Raum zum Nachbarhause ist völlig zerbrochen, die losen Bretter wurden einfach gestohlen, und Personen, die ihren Hausstüffel vergessen haben, gehen auf diesem Wege ein und aus. Das Dach ist dermaßen schadhast, daß es den Hausbewohnern buchstäblich ins Feuer regnet und man die Gänge wässern muß, im Zimmer ein Waschfaß aufzustellen. Wie feucht, schimmelig und stöckig die ganzen Wohnräume sind, bedarf natürlich keiner besonderen Ermahnung.

Im Partierre eines Seitenflügels wohnte ein altes Ehepaar jahrelang in einer Wohnung, die sich in einem derartigen Zustande befand, daß die nothwendigen vorgenommenen Reparaturen die Kleinigkeit von 1500 M. kosteten! Aus Mangel über diese hohen Reparaturkosten zwang der Hauswirt die Leute — angeblich hatten die Arbeiter nicht immer Zeit — acht Wochen in der Waschküche zu hausieren! Der Mann hat sich durch die große Feuchtigkeit der Wohnung außerdem ein Leiden zugezogen. Alles war voll Schwamm, unter den Fußboden mußte neue Schüttung (vier Fußdicke Koks und Asche) kommen, der Wandputz mußte 1 Meter hoch abgeschlagen werden, kurzum die Wohnung mußte von Grund auf repariert und so in einen menschenwürdigen Zustand versetzt werden.

Eine andere Wohnung im Hause besitzt eine Küche, deren Fußboden ganz verfault ist und jeden Moment durchbrechen kann. An der einen Wandseite, die an das Klosett anschließt, ist bereits ein großes Loch entstanden, durch das der Geruch sich in die Küche zieht. Bei Regen oder großer Hitze ist ein Aufenthalt in der Küche unmöglich. In den Tagen der größten Sommerhitze fehlt einmal vier Wochen hindurch die Wasserführung in den Aborten aus. Dabei ist die Wohnungsinhaberin schwer lungenkrank, steht seit zwei Jahren unter ständiger ärztlicher Beobachtung, besitzt zwei Söhne, von denen der eine arbeitslos, der andere noch schulpflichtig ist.

Gelegentlich finden Hausbesichtigungen statt, man stellt die notwendigen Reparaturen fest, der Verwalter erbittet Fristverlängerung, die ihm jedesmal gewährt wird, und wenn die Mieter immer wieder die rasche Abhilfe fordern und inzwischen neuzuzugewonnene Schäden anfragen, dann erhalten sie die Antwort: Erst müssen die alten „Aufträge“ erledigt sein, dann kommen die neuen dran. Die Hausbewohner fragen mit Recht, wie lange sie denn darauf noch warten sollen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Notgemeinschaft proletarischer Berufsschüler. Organisationen, die sich für die Aufführung unserer „Bombast und Schwung Zeitbilder“ (Revue) interessieren, wollen Anfragen richten an Geschäftsstelle Emil Hallupp, Berlin SW., 29, Wittenwalder Str. 2a. Telefon: Hasenheide 9042.

Obst- und Gartenbauausstellung. Die Wirtschaftliche Vereinigung, bestehend aus den maßgebenden Grundbesitzervereinigungen der Orte Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf, veranstaltet vom 25. bis 27. September am Bahnhof Mahlsdorf unter dem Protektorat des stellvertretenden Bürgermeisters von Lichtberg, Herrn Stadtrat Stimming, eine Obst- und Gartenbauausstellung. Es werden Ehrenurkunden und Medaillen als Preise verteilt. Geöffnet ist die Ausstellung am Sonnabend von 3 bis 10 Uhr und am Sonntag von 8 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends.

111 Tote der Epidemie in Hannover. Amlich wird mitgeteilt, daß die Zahl der in Hannover an Typhus Erkrankten heute vormittag 1725 gegen 1737 gestern Abend betrug. Die Zahl der Toten hat sich auf 111 gegen 109 gestern Abend erhöht.

Erster Schnee im Riesengebirge. Wie aus Hirschberg gemeldet wird, hat das kältere Wetter am Donnerstag vormittag auf der Koppe bereits die ersten Schneefälle gebracht.

Vier Kinder bei einem Brande umgekommen. In Stockholm brach in einer Laubenkolonie Feuer aus, wobei vier Kinder, die sich unbeaufsichtigt in der Kolonie aufhielten, verbrannten.

Das Sinaloische Blauschneefest Groß-Berlin (Mitgl. des Deutschen Musikerverbandes, Ortsgruppe Berlin) veranstaltet am Sonntag, den 26. September, in der Banko in ein Vokalkonzert. Das Konzert findet mittags 1, 12-1 Uhr auf dem Marktplay statt. Leitung: Kapellmeister Alfred Wolf, Berlin.

Die Ordner der Proletarischen Feiertage werden gebeten, am Sonntag, den 26. d. M. zur Jugendweiche früh 9 Uhr im Gr. Schauspielhaus zum Ordnerdienst zu erscheinen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Kreis Lichtberg. Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Englischer Platz 2, Soal 1, wichtiger Sitzung.

Sport.

Gene Tunney Boxweltmeister.

In Philadelphia wurde gestern der große Boxkampf um die Weltmeisterschaft zwischen dem Titelmeister Jack Dempsey und Gene Tunney ausgetragen. 150 000 Zuschauer folgten in atemloser Spannung dem Kampf, der über 10 Runden ging. Die ersten fünf Runden führte Tunney einwandfrei, in der neunten Runde war Dempsey so stark angeschlagen, daß er Rube hatte, die letzte Runde zu überleben. Tunney hatte unter anderem einen schweren Schwinger gelandet, der seinen Sieg entschied. Vom Richterkollegium wurde ein klarer Punktsieg verkündet, ein Resultat, das mit unbeschreiblichem Jubel aufgenommen wurde.

Katholische Arbeiter und Unternehmer.

Klassenkampf trotz konfessioneller Gemeinschaft.

Köln, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kölnische Volkszeitung“ beschäftigte sich am Donnerstag mit der internationalen Konferenz der katholischen Arbeitervereine in Antwerpen. Auf dieser Tagung hat der Reichstagsabgeordnete Joos die „Ergebnisse einer Umfrage über die gegenwärtige Lage der katholischen Arbeiter in Deutschland“ mitgeteilt. Das von Joos der Öffentlichkeit übermittelte Ergebnis ist von außerordentlichem Interesse, weil es deutlich die schwere Krise erkennen läßt, die gegenwärtig die katholische Arbeitererschaft durchmacht. Joos weist darauf hin, daß die katholischen Arbeiter zum heutigen Unternehmertum in einem Verhältnis wachsender Spannung und Verschärfung der Gegensätze stehen. Die katholischen Unternehmer seien davon nicht ausgeschlossen, sondern hier finde man es ganz besonders verwerflich, daß sie sich im Wirtschaftskampf über das katholische Sittengesetz hinwegsetzen. Besonders bemerkenswert ist die Feststellung, daß im ganzen Deutschen Reich die geistige und praktische Haltung der katholischen Arbeitererschaft zur sozialistischen Bewegung sich wesentlich geändert habe. Der Gegensatz werde sachlich noch in großem Maße empfunden, aber nicht mehr so sehr in der Befolgung wirtschaftlicher und sozialistischer Ziele. Die heutige demokratische Bewegung habe in der katholischen Arbeiterbewegung ihre stärkste Stütze.

Ein Vater Hutten sprach als beifälliger Vertreter zu dem Bericht. Er verwies darauf, daß auch in Belgien keinerlei herzliche Beziehungen zwischen Arbeitererschaft und katholischer Arbeitgebererschaft beständen, weil die Unternehmer ihre soziale Pflicht nicht mehr erfüllt hätten. Ein Vater D'Heer, der für England sprach, stellte fest, daß dort die Katholiken, die früher der konservativen Partei angehörten, jetzt durchweg zu der Arbeiterpartei übergetreten sind.

Der tariflose Einzelhandel.

Einheitsfront der Angestellten und Arbeiter.

Der Zentralverband der Angestellten und der Deutsche Verkehrs- und Handelsarbeiterverband haben die Belegschaften der Firmen Tieg, Jandorf und Wertheim zum 21. September in eine Versammlung geladen, wo ein Bericht erstattet wurde über den Stand der Tarifbewegung im Einzelhandel und über die inzwischen geführten Schriftwechsel und Verhandlungen mit einzelnen Arbeitgebern. Alle Diskussionsredner sprachen sich dahingehend aus, daß die Arbeiter und Angestellten der Warenhäuser mehr als je zuvor auf ihre eigene Kraft angewiesen sind, zumal die Arbeitnehmer der übrigen Einzelhandelsbetriebe das Ergebnis des weit besseren organisatorischen Zusammenhanges in der Tatfrage erblicken können, daß etwa 75 Proz. der außerhalb der Warenhäuser Beschäftigten ihre alten Löhne und Gehälter behalten haben. Die nachstehende Entscheidung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die am 21. September in den Arminien versammelten kaufmännischen Angestellten und Handelsarbeiter der Warenhäuser Hermann Tieg, H. Wertheim, H. Jandorf u. Co. und des RdW. haben den Bericht der Verbandvertreter entgegengenommen und erheben erneut Protest gegen die von der Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin betriebene Lohn- und Gehaltspolitik.“

Die Angestellten und Arbeiter der Warenhäuser erblicken im Vorgehen ihrer Arbeitgeber die Absicht, die sozial am tiefsten gedrückte Arbeitnehmererschaft des Einzelhandels, die Arbeitnehmererschaft der Warenhäuser, als Vorposten des allgemeinen sozialen Abbaus zu mißbrauchen. Dies darf den Warenhausunternehmern nicht gelingen. Die versammelten Angestellten und Arbeiter sind sich ihrer Verpflichtung bewußt, die sie gegenüber sich selbst und ihren Familien und gegenüber der gesamten Arbeitnehmererschaft des Einzelhandels besitzen.

In den freien Gewerkschaften erkennen die Versammelten die einzige und unerlässliche Vertretung ihrer Interessen. Nur mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation werden die Warenhausarbeitnehmer dem ihnen zugebachten Klassenrisiko entgehen. Die notwendige Vorbereitung des Kampfes um einen neuen Tarif, des Kampfes um menschenwürdige Arbeitsbedingungen ist die einheitliche und geschlossene Organisation der Arbeitererschaft. Für die kaufmännischen Angestellten und für die Handelsarbeiter kann es in dieser Situation nur heißen: Hinein in den Zentralverband der Angestellten! Hinein in den Deutschen Verkehrs- und Handelsarbeiterverband!“

Aus dem Reichsbahnbetrieb.

Der Bahnwärter freigesprochen — die Verwaltung angeklagt.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: Ein Bahnwärter aus Bühl in Baden stand dieser Tage wegen „Gefährdung eines Eisenbahntransports“ vor dem Schöffengericht in Karlsruhe. Der Bahnwärter hatte auf der Strecke Karlsruhe—Offenburg, auf der im Tage über 160 Züge verkehren, Dienst. Er verließ diesen Dienst schon seit 17 Jahren bei einer Arbeitszeit von zurzeit zwölf Stunden und bei einem Gehalt von 140 M. monatlich. Am Abend des 9. April, zu einer Zeit, wo Zug auf Zug die Strecke passierte, hatte der Bahnwärter, um zu verüben, daß ein D-Zug auf eine Leerlokomotive aufzufuhr, eine Weiche eine halbe Sekunde zu früh umgestellt, so daß der Schlusswagen eines vorherfahrenden D-Zuges, der über die Weiche im Augenblick der Umstellung fuhr, entgleiste. Der Mann hatte durch sein rasches Handeln wohl diesen Schlusswagen zum Entgleisen gebracht, der angerichtete Schaden war jedoch sehr geringfügig. Aber er hatte damit ein weit größeres Unglück verhindert. Er erhielt trotzdem einen Strafbescheid von drei Monaten Gefängnis, gegen den er jedoch Einspruch erhob, so daß der Vorfall gerichtlich behandelt wurde. Die Verhandlung endete mit dem Freispruch des Bahnwärters und ergab schwere Anklagen gegen die Reichsbahn. Es wurde festgestellt, daß die Weiche aus Sparamtsgründen nicht elektrisch gesichert worden war. Nachdem sich vier Wochen später an der gleichen Stelle ein Unfall ereignet hatte, sicherte die Reichsbahn die Weiche elektrisch, setzte außerdem zwei Mann zur Bedienung der Bahnstation ein und verminderte die Dienstzeit von zwölf auf acht Stunden.

Aus dem Freispruch und den anschließenden Maßnahmen der Bahnverwaltung ergibt sich klar, daß die Spar- und Ausbeutungspolitik der Reichsbahn an der Unfähigkeit unseres Verkehrswezens ihren wesentlichen Anteil hat.

Ein Erfolg der RPD.

Gestern Abend fand in den Sophienläden eine Betriebsversammlung der RPD, Brunnenstraße statt. Der Betriebsratsvorsitzende, Genosse Bernhard Krüger, zeigte in seinem Bericht die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung, die auch im Betrieb RPD, Brunnenstraße auf Kosten der Arbeitererschaft vor sich geht, die aber nicht so vor sich gehen würde, wenn ihr die Belegschaft durch ein besseres Organisationsverhältnis nachhaltig entgegengetreten könnte. Nach einer Ansprache von Vogeler vom Metallarbeiterverband folgte der Redner der „Opposition“. Er sollte eine Generalabrechnung vornehmen. Rahezu eine Seite hatte die „Kollektive“ der Vorbereitung der Versammlung gewidmet. Aber welcher Zusammenbruch. Ruhig stotternd haspelte der Kommunist die ihm eingepaukten „Grundzüge“ herunter. Als er gar die ihm mitgegebenen Entschlüsse nicht einmal richtig verlesen konnte, da war sein Heiterkeitserfolg gesichert.

Nachdem noch der Vertreter des Verkehrsverbandes, Genosse Franko, gesprochen hatte, begann eine Kapitalgalerie zwischen Unionisten und Kommunisten, in der es dem Wanderbetreuer Wegner gelang, die anfangs gut besuchte Versammlung fast leerzureden. Damit war der agitatorische Zweck der Versammlung verpufft. Einen „Erfolg“ haben die Kommunisten also gehabt. Sie

haben den Versammlungsteilnehmern, die der Organisation noch fern stehen und durch die Ausführungen des Betriebsrates und der Gewerkschaftsvertreter von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses überzeugt werden sollten, neue Argumente geliefert, um ihr Fernbleiben von der Gewerkschaft zu entschuldigen.

Unsoziales vom Statistischen Landesamt.

Eine Belegschaftsversammlung des Preussischen Statistischen Landesamtes beschäftigte sich am Donnerstag in den Kammerjahren mit der fonderbaren Personalpolitik der Amtsleitung dieses Amtes. Nach dem Bericht des Betriebsratsmitgliedes Kreuzschindl sind bei dem Amt zurzeit etwa 2000 Angestellte beschäftigt. Der überwiegende Teil dieser Angestellten wurde in der Zeit vom Mai bis Juli vorigen Jahres anlässlich der Volkszählung eingestellt. Die Arbeiten sind noch lange nicht fertiggestellt, trotzdem hat die Amtsleitung aber zum 30. Juni bzw. 31. Juli über 1000 Angestellten gekündigt.

Diese Massenkündigungen sind aber lediglich zu dem Zweck erfolgt, den Angestellten die ihnen aus dem Tarifvertrag für preussische Angestellte anfallenden Rechte zu nehmen. Nach diesem Tarifvertrag steht ihnen nach einjähriger Beschäftigung das Recht zu, nur mit sechsmonatiger Frist zum Quartalschluss gekündigt zu werden. Die Amtsleitung sprach die Kündigungen kurz vor Ablauf des ersten Beschäftigungsjahres aus, beschäftigte die meisten aber als sogenannte Zeithilfen weiter. Nun erfolgt zu jedem Monatsende für einen Teil der Angestellten erneut die Kündigung, so daß die Angestellten in einer marternden Ungewissheit leben. Kreuzschindl führte aus, daß die Amtsleitung auch zu wenig Rücksicht auf die soziale Lage der Bekündigten genommen habe, sie habe in vielen Fällen nicht einmal die Kündigungsfristen aus dem Geleiz vom 9. Juli d. J. eingehalten.

Darüber, daß eine Einschränkung des nur zu einer bestimmten Arbeit eingestellten Personals erfolgen müsse, seien sich die Angestellten klar. Daß sie aber in so großem Umfang und so unsozial erfolgen solle, findet bei ihnen kein Verständnis. Man hat durch Versprechung von Prämien, Extrazahlungen usw., die aber nicht gehalten wurden, Höchstleistungen aus den Angestellten herausgepreßt; dafür will man sie jetzt rücksichtslos auf die Straße werfen und legt sie obendrein in Ungewissheit über ihr Schicksal. Von einer Behörde sollte man zumindest erwarten können,

daß sie in der jetzigen Zeit mehr soziales Verständnis für ihre Angestellten aufbringt, als das private Unternehmertum.

Die vom Personalchef des Amtes, Regierungsrat Dr. Simon, gemachten Ausführungen konnten die gegen die Amtsleitung erhobenen Vorwürfe nicht entkräften, sie zeigten aber, daß viele Mißstände im Amt der Amtsleitung nicht bekannt sind und nur auf die Selbstherrlichkeit einzelner Abteilungsleiter und anderer Vorgelegter zurückzuführen sind. Im Amt selbst könnte jedenfalls die Amtsleitung manchen Mißstand abstellen, mit der Amtsleitung selbst müßte sich aber einmal das preussische Innenministerium auseinandersetzen, besonders was die Kündigungen betrifft. Auch die Angestellten haben ein Recht aufs Leben.

Ein eigenartiger Arbeitgeber im Gastwirtsgerwerbe.

Die Firma Hake-Specht und Sohn betreibt in der Gr. Frankfurter Straße 68 eine Gastwirtschaft, die vornehmlich von Angestellten und Arbeitern besucht wird. Die Organisation und der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin sind aber für die Firma Hake-Specht daselbst, wie dem Ochs das rote Tuch. Vor ungefähr Jahresfrist, als die Firma Specht ihre Felle wusch, weil das Personal nicht organisiert war und die Arbeitszeit der weiblichen Angestellten, sowie der Verkäuferinnen sechzehn und mehr Stunden betrug, wurde, um das Geschäft zu heben und Differenzen öffentlich zu vermeiden, dem Drängen der Angestellten nachgegeben und ein Betriebsrat gewählt. Von Anfang an stellte sich Herr Specht jr. seinem Betriebsrat sowie den Angestellten prügeln gegenüber. Die „Gelben“ werden von ihm mit Liebe behandelt, um sie gegen die Organisation auszuspielen; ist es doch vorgekommen, daß Verkäuferinnen über ein Jahr ihren gesetzlichen Ausgang bzw. freien Tag nicht hatten. Die Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen scheitern jedesmal an dem Wortbruch durch den Unternehmer.

Moskauer Lohnpolitik.

Direktiven für den Abschluß von Tarifverträgen.

Moskau, 20. September. (DE.) Gegenwärtig sieht der Abschluß einer ganzen Reihe von Tarifverträgen bevor. Aus diesem Anlaß haben die Zentralkomitees einiger Gewerkschaften Rundschreiben an die Ortsverbände erlassen, in denen die Zwiespältigkeit

Ihrer Lohnpolitik deutlich erkennbar wird. Einerseits besteht natürlich bei den Gewerkschaftsinstanzen der Wunsch, die Arbeitslöhne aufzubessern und sie hinsichtlich ihrer Kaufkraft dem Vorkriegsniveau anzupassen. Andererseits jedoch sind die russischen Gewerkschaften staatlich dirigierte Organe. Der Sowjetstaat sieht sich aber heute mehr denn je gezwungen, auf eine Herabsetzung der Produktionskosten hinzuwirken und ist daher, in Gestalt seiner Wirtschaftsorgane, für eine Erhöhung der Lohnsätze nicht zu haben. In einer Reihe von Gewerkschaften sind Richtlinien für die bevorstehende Lohnkampagne festgelegt worden, wonach der Gesamtlohnfonds nur um etwa 1 bis 3 Proz. heraufzusetzen ist.

Sonntagsarbeit in Rußland.

Der „Trud“ vom 8. September 1926, Nr. 206, bringt folgende Notiz:

„Um die Hemmungen im Abtransport der Brennstoffe zu überwinden, wurden im vergangenen Jahr, im Einvernehmen mit der Gewerkschaft der Transportarbeiter, im Donezbezirk Sonntags- und Feiertagsarbeiten eingeführt. An diesen Tagen betrug die Verladung ungefähr 50 bis 60 Proz. derjenigen der Werkstage. Gegenwärtig hat das Volkswirtschaftsamt für Verkehrratsarbeiten beantragt, die Verladung an Sonn- und Feiertagen auf 100 Proz. zu steigern. Der Oberste Volkswirtschaftsrat hat sich gegen diese Absichten ausgesprochen. — Der Oberste Volkswirtschaftsrat hält es für möglich und nützlich, die Verladung an Sonn- und Feiertagen bis auf 80 Proz. der Norm, die an Werktagen erreicht wird, zu steigern.“

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Felix Sattmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schlawatz; Lokales und Konflikte: Fritz Rahlitz; Anzeigen: Ed. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, 1. Stock

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Vollständiger Katalog der Generalversammlung vom 22. September 1926 beträgt den Beitrag ab 20. September 1926 Mfr. 2.50. Ermäßigter Beitrag zu zahlen am 24. September 1926. Der Gauortstand.

Ulster und Paletots

reich sortiert in allen Farben und Formen
Preiswert in unseren anerkannt guten Qualitäten

Herren-Ulster dunkelgrauer Diagonal-Cheviot, Rückengurt M. 47.—	Herren-Ulster Marengo-Cheviot, schwere reißwollene Qualität M. 97.—	Winter-Paletot mit Samtkragen, schwarzer, eleganter Melton-Cheviot M. 89.—	Jünglings-Ulster mittelgrauer Cheviot m. feinen Ueberkar, Gr. 35 M. 47.—
Herren-Ulster reinwollener kräftiger Marengo-Cheviot M. 57.—	Herren-Ulster modern gemusterter Cheviot mit eleganter Absatte M. 105.—	Winter-Paletot mit Samtkragen, Marengo-Melton-Cheviot, edle Qualität M. 116.—	Jünglings-Ulster reinwollener Marengo-Cheviot, Gr. 35, M. 57.—
Herren-Ulster reinwollener, dunkelbraun gemusterter Cheviot, Ueberkar M. 69.—	Herren-Ulster pa. Marengo-Melton-Cheviot, M. 116.—	Gehrock - Paletot prima Stoff u. best. Verarbeitung. M. 82.—	Kieler Pyjacks für Knaben aus blauem Cheviot m. Armst.ck. 1.5 Jahre, M. 10.—, 14.—
Herren-Ulster dunkelgrauer gemust. Cheviot, M. 75.—	Winter-Paletot mit Samtkragen, Marengo-Cheviot M. 57.—	Jünglings-Ulster dunkelbrauner gemusterter Cheviot Gr. 35 M. 32.—	Knaben-Ulster aus farbig. Cheviot, neueste Musterungen, 1.5 Jahre, M. 22.—, 17.—, 13.—
Herren-Ulster prima dunkelbrauner Cheviot mit feinem Karo M. 89.—	Leineweber-Kleidung wird in eigenen Werkstätten unter Leitung bewährter Fachleute hergestellt		

Leineweber

Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4-6

Allerfeinste Natur-Butter 1.80
II. Qualität . . . 1.60
III. 1.50
Wegner, Berlin 50
Mariannenstraße 34.

Neue Gänsefedern
Wir von der Gans gerupft, echt gereinigt, Pfd. 2.50 M. Füllert. garantiert. Raubfreie u. gesunde Gänsefedern. Pfd. 5.—, 6.50 M. Gerillt Pfd. 4.75, 6.50 u. 7.50 M. Pa. vollbauziger Gänsefedern Pfd. 7.50 M., färbbar, sehr gut. Pfd. 8.50 M. Dauen Pfd. von 10.— M. an. Keine nicht getauende Ware zurück.
Fritz Schulz, Mästerci
Oranienburg, direkt am Bahnhof.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N24, Eisässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Industrie- u. Handelskammer zu Berlin
Kaufmännische Schulen
Ausbildung für jeden kaufmännischen Beruf in Handelsschulen mit geschlossenen Lehrgängen in Jahres-, 1½- und 2-Jahres-Kursen sowie in einzelnen kaufmännischen Fächern. Auskunft und Prospekte
Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 53/56, II.

Korbmöbel
Große Auswahl! Billige Preise!
Peddighröhrisch von 3.75 M. an
Peddighrössel von 7.30 M. an
Spezial-Korbmöbelhaus
Edmund Vob
Neukölln, Berlin Str. 14, Anzahlung gestattet

Großer Sonder-Verkauf!

Gewaltige Auswahl!

AMMANN

enorm billig!

VERKAUF IM LICHTHOF.

H. Joseph & Co.

NEUKÖLLN * BERLIN * ERSTR * 51-55

Beachten Sie bitte die Preise in unseren Schaufenstern! — mit kleinen Schönheitsfehlern.